

Antragsteller/-in: AfD-Fraktion, Wolfgang Kempkes, Bruno Wolff

Änderungsantrag der AfD-Fraktion Oberhausen/Rhld. gemäß § 4 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Oberhausen zum Antrag A/18/1198 der GRÜNE x Partei Fraktion Prüfung eines Konzeptes für öffentliche Toiletten und provisorische Vorab-Lösungen

Beratungsfolge

28.09.2026

Rat der Stadt

Beschlussfassung

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für öffentliche Toiletten im gesamten Stadtgebiet zu prüfen und dieses Konzept in den Fachausschüssen und im Rat vorzustellen.

Bezug

A/18/1198

Sachverhalt

1

2 Das Thema Toiletten im öffentlichen Raum ist ein seit Jahren immer wiederkehrendes
3 Thema, welches die Politik in den unterschiedlichen Gremien und im Rat beschäftigt.

4 Wir als AfD-Fraktion würden es begrüßen, wenn die Verwaltung ein Konzept erstellt und
5 folgende Punkte berücksichtigt:

6 Es soll geprüft und berücksichtigt werden, in welchen Bereichen des Stadtgebiets ein
7 zusätzlicher Bedarf an öffentlich zugänglichen Toiletten besteht bzw. künftig zu erwarten ist.
8 In die Prüfung sollen insbesondere stark frequentierte öffentliche Plätze, Fußgängerbereiche,
9 Grün- und Parkanlagen, Spielplätze, Bereiche mit hohem Publikumsverkehr, touristisch
10 relevante Orte sowie Standorte mit regelmäßigen Veranstaltungen einbezogen werden.

11 Die Prüfung soll zudem umfassen, an welchen Standorten die Errichtung dauerhafter
12 öffentlicher Toiletten sinnvoll und umsetzbar wäre. Dabei sollen unter anderem die
13 vorhandene Infrastruktur, Grundstücksverhältnisse, Erreichbarkeit, Frequentierung, mögliche
14 Synergien mit bestehenden Einrichtungen sowie die voraussichtlichen Investitions- und
15 Folgekosten berücksichtigt werden.

16 Darüber hinaus soll die Verwaltung prüfen, wo im Stadtgebiet kurzfristig mobile bzw.
17 provisorische barrierefreie Toiletten aufgestellt werden können und aufgrund des
18 bestehenden Bedarfs auch aufgestellt werden sollten, bis ein gesamtstädtisches Konzept
19 erstellt ist, auf dessen Grundlage dauerhafte Maßnahmen umgesetzt werden können. Dabei
20 sollen insbesondere Bereiche berücksichtigt werden, in denen aktuell keine oder nur
21 unzureichend zugängliche öffentliche Toiletten vorhanden sind.

22 Bei allen vorgeschlagenen Standorten und Übergangslösungen sollen die Anforderungen an
23 Barrierefreiheit, Hygiene, Sicherheit, Erreichbarkeit und eine dementsprechende
24 Personalausstattung für eine möglichst ganzjährige Nutzbarkeit berücksichtigt werden.

25 Die Verwaltung wird gebeten, im Rahmen der Prüfung außerdem darzustellen, welche
26 Kosten für die verschiedenen Lösungsansätze voraussichtlich entstehen, welche
27 Fördermöglichkeiten gegebenenfalls bestehen und in welcher Reihenfolge Maßnahmen
28 aufgrund von Bedarf und Dringlichkeit umgesetzt werden könnten.

29 Das Ergebnis der Prüfung soll einschließlich einer Übersicht möglicher Standorte, einer
30 Bedarfsbewertung sowie konkreter Handlungsempfehlungen für kurzfristige und langfristige
31 Maßnahmen den zuständigen Ausschüssen bzw. dem Rat vorgelegt werden.

Anlage/n

Keine